

## **Attraktivität der Pflegeberufe steigern - Pflegekammer einrichten - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2179**

**Uwe Schwarz (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wachsende Zahl von älteren und irgendwann auch pflegebedürftigen Menschen ist Auftrag an uns alle. Für die Pflegebedürftigen benötigen wir gut ausgebildeten Pflegerinnen- und Pflegernachwuchs. Wir brauchen ein positives Bild von der älter werdenden Gesellschaft. - Dies schrieb die niedersächsische Sozialministerin in einer Pressemitteilung am 19. Dezember 2008. Ich finde, die Formulierungen der Pressestelle des Sozialministeriums sind zweifellos alle richtig. Leider hat der Pressesprecher an dieser Stelle aber wieder einmal die Rechnung ohne die Wirtin, sprich: die Ministerin, gemacht. Denn gerade bei dem Thema „Situation und Zukunft der Pflege“ versagen diese Landesregierung und dieses Sozialministerium seit Regierungsantritt vollständig.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Die Landesregierung hat in ihrer bisherigen Amtszeit beim Thema „Pflege“ überwiegend mit Kürzungen und leeren Ankündigungen gegläntzt. Ich rufe in Erinnerung: 2003: Abschaffung von Investitionskosten in der stationären Pflege, 12 000 Pflegebedürftige wurden in die Sozialhilfe abgeschoben. 2010: Kürzungen im Bereich der ambulanten Pflege um 20 %. 2009: Kurz vor Toresschluss der auslaufenden Investitionsförderung für Pflegestützpunkte war diese Landesregierung eine der letzten unter den Landesregierungen, die Pflegestützpunkte auf den Weg gebracht haben. Ich nenne des Weiteren die Abschaffung der Umlagefinanzierung in der Altenpflegeausbildung. Aktuell sind Sie seit dem 1. Januar 2007, also seit mehr als drei Jahren, nicht in der Lage, dem Landtag endlich das in Ihrer Verantwortung liegende Heimgesetz vorzulegen. Ich finde, das ist eine Bankrotterklärung erster Güte.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Heimgesetz soll wichtige Faktoren regeln: Fachkräftequote, alternative Wohnformen, Heimaufsicht und vor allen Dingen die Frage des Selbstbestimmungsrechtes für Pflegebedürftige. Nichts passiert!

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir sind doch nicht in einem rechtsfreien Raum!)

Trotz dieser Negativbilanz erklärte die Ministerin im Dezember 2009: Das Thema Pflege wird eines meiner Schwerpunktthemen der nächsten Jahre. - Meine Damen und Herren, ich mag gar nicht darüber nachdenken, was eigentlich bei den Themen passiert, die die Ministerin nicht zur Herzensangelegenheit erklärt hat. Da kann einem eigentlich nur angst und bange werden.

(Beifall bei der SPD)

Niedersachsen ist bekanntlich seit Jahren bundesweit das Schlusslicht, wenn es um das Thema Altenpflege geht, und zwar zulasten der Pflegebedürftigen, der Einrichtungsträger und vor allem der Beschäftigten in den Pflegeberufen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Seit Jahren werden wir darauf hingewiesen, dass wir auf dem letzten Platz stehen. Herr Böhlke, ich weiß, dass Sie lesefähig sind. Deshalb wissen Sie genau, dass das überall so beschrieben wird. Ich finde, es ist nicht länger zu akzeptieren, dass diese Position auf dem Rücken der zu Pflegenden und der Pflegenden in Niedersachsen ausgetragen wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

In Niedersachsen ist es bei dem Thema Pflege nicht fünf vor zwölf, sondern schon deutlich nach zwölf.

Die Realität in Niedersachsen ist geprägt durch einen dramatischen Mangel an Nachwuchskräften, Lohndumping, Tarifflicht sowie einen ruinösen Preiswettbewerb zwischen den einzelnen Trägern in der Pflege.

(Norbert Böhlke [CDU]: In den anderen Bundesländern nicht?)

- Nicht in diesem Ausmaß. Das habe ich gerade gesagt. Lesen Sie es doch einfach einmal nach! Es würde auch Ihnen helfen, ein bisschen mehr bei der Bildung voranzukommen.

(Norbert Böhlke [CDU]: Ich kann lesen und ich lese!)

Wenn Sie der Opposition schon nicht glauben - Sie glauben ihr ja nicht -, dann kann Ihnen aber doch nicht verborgen bleiben, dass die Unruhe in der Öffentlichkeit rasant zunimmt. Ich rufe in Erinnerung: 2008: Proteste der katholischen Bischöfe - diese müssten auch die Regierungsfractionen erreicht haben -, Pflegealarm bei der Caritas, umstrittener Notverkauf von fünf Caritas-Einrichtungen in Hannover im Jahre 2009. 2009 und 2010: intensive Pflegekampagne der Diakonie, Hilferufe der Arbeiterwohlfahrt, Vorstöße der Sozialverbände, der Altenpflegeschulen und des Niedersächsischen Pflegerates. Sie haben alle genug von den bunten Bildern der Ministerin, von symbolischen Pflegepaketen in der Weihnachtszeit, die sich als Attrappe entpuppen. Sie wollen endlich arbeiten und Leistungen sehen.

(Beifall bei der SPD)

Seit der Vorlage des Landespflegeberichts 2005 - das ist also auch schon fünf Jahre her - und des Abschlussberichtes der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ liegen diesem Landtag alle Fakten über die Entwicklungen vor. Die Zahl der betroffenen Menschen in Niedersachsen wird von 220 000 Pflegebedürftigen im Jahre 2003 in den Jahren bis 2020 um über 25 % ansteigen. In der ambulanten Pflege wird sie übrigens um bis zu 80 % ansteigen.

Die Attraktivität und Akzeptanz der Pflegeberufe ist deutlich gesunken. Wir verzeichnen einen zunehmenden Fachkräftemangel. Pflegedienstleitungen sind in der Szene überhaupt nicht zu bekommen - und wenn, dann zu einem Preis, der durch noch schlechtere Bezahlung der anderen Pflegekräfte wieder eingespielt werden muss. Vor allem gibt es viel zu wenig Nachwuchs und Praxisplätze in der Altenpflegeausbildung. Laut Hinweis aller Fachverbände steuern wir nicht in einen Pflegenotstand, sondern wir sind schon mittendrin. Die Dramatik wird in den nächsten Jahren rasant zunehmen. Nur bei Frau Ross-

Luttmann erscheint das Thema Pflege immer noch in Rosarot oder in Himmelblau, ganz wie es ihr beliebt.

Gleichermaßen entrückt fällt in dieser Situation, wie ich finde, der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen aus. CDU und FDP stellen in dem zur Abstimmung anstehenden Antrag fest - ich zitiere -:

„Die Landesregierung wird gebeten, bis zum 01.11.2010 ein Konzept zur Weiterentwicklung der Pflegeausbildung vorzulegen ...“

Wenn wir eines in Niedersachsen wirklich überhaupt nicht haben, so ist es ein Erkenntnisdefizit. Was wir hier haben, ist ein dramatisches Handlungsdefizit dieser Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich finde, ein solcher Antrag, wie er heute hier vorliegt, kann bei großen Teilen der Beschäftigten und im Übrigen auch bei den Trägern von Pflegeeinrichtungen eigentlich nur wie eine Provokation wirken. Er wirkt übrigens auch so.

Es ist daher folgerichtig und nachvollziehbar, dass die 130 000 Beschäftigten in den Pflegeberufen in Niedersachsen jeden Glauben an die Ernsthaftigkeit der politisch Verantwortlichen verloren haben und mit Nachdruck die Einrichtung einer Pflegekammer fordern.

(Norbert Böhlke [CDU]: Das wünschen Sie sich! Das ist nicht so!)

Sie werden das gleich vortragen können und mit Ihrer Position bei den Pflegebedürftigen und Pflegenden sicherlich viel Freude auslösen. - Die SPD-Fraktion hat im August 2009 eine umfassende Anhörung durchgeführt. Herr Kollege Riese, für Ihre Statistik merke ich an: Das bedeutet, dass nach intensiven Vorbereitungen bis zur Einbringung des heute vorliegenden Antrags sechs Monate vergangen sind. Das erspart Ihnen das Nachrechnen. Ich wollte Ihnen hier nur eine Hilfestellung geben.

Die Errichtung einer Pflegekammer liegt in der Zuständigkeit der Länder, was durch das Rechtsgutachten von Professor Dr. Igl 2008 noch einmal eindrucksvoll untermauert wurde. Die SPD hat sich - das verhehle ich überhaupt nicht - bisher immer kritisch und negativ zur Einrichtung von Kammern für weitere Berufe positioniert, vor allem deshalb, weil die Einrichtung entsprechender Kammern in der Regel die Konsequenz hat, dass mit dieser Einrichtung auch eine eigenständige Altersversorgung verbunden ist. Wir sagen ganz deutlich: Wir wollen keine Sondereinrichtungen in der Altersversorgung, sondern eine Stärkung der bestehenden gesetzlichen Alterssicherungssysteme.

Sowohl die Betroffenen bei unserer Anhörung als auch die Nationale Konferenz zur Errichtung von Pflegekammern in Deutschland haben deutlich gemacht, dass sie weder eine eigenständige Altersversorgung anstreben, noch in die Tarifhoheit der Gewerkschaften eingreifen wollen. Unter diesen Voraussetzungen fällt es der SPD-Fraktion leicht, die Schaffung einer Pflegekammer zu fordern und die Landesregierung zu bitten, schnellstmöglich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, dass die Pflegekräfte ihre Interessen endlich auf Augenhöhe beeinflussen können, zumal sich zwischenzeitlich auch ein Arbeitgeberverband Pflege auf Bundesebene gegründet hat. Zudem sind alle ärztlichen Berufe verkammert. Angesichts der vor

uns liegenden Herausforderungen gerade in der Pflege müssen wir die strikte Trennung zwischen Altenpflege und Krankenpflege überwinden. Gleichzeitig müssen Pflegekräfte hinsichtlich ihrer Selbstverwaltungsrechte und Selbstverwaltungsmöglichkeiten auf Augenhöhe mit ärztlichen Heilberufen handeln können.

(Zustimmung von Ulla Groskurt [SPD])

Zahlreiche Schreiben von Pflegekräften machen deutlich, dass sie über die Initiativen von SPD und Grünen in Niedersachsen froh sind. Herr Böhlke, über 90 % der Beschäftigten in der Pflege wünschen sich eine solche Kammer.

(Zustimmung bei der SPD)

Regelung der Aus- und Weiterbildung, Sicherung von Qualitätsstandards, Abnahme des pflegerischen Staatsexamens, Entwicklung des Berufsbildes - das sind einige wichtige Aufgaben von Kammern. Ich finde, es verdient unseren gemeinsamen Respekt und unsere Anerkennung, dass die Pflegeberufe in einem der größten Felder sozialpolitischer Herausforderungen in der Zukunft selber in diesem Ausmaß Verantwortung übernehmen wollen. Wir unterstützen dieses Begehren und werden alles dafür tun, dass es zu einem Erfolg geführt wird.

Meine Damen und Herren, ich bin mir auch sicher, dass eine Landesregierung und eine Ministerin, die gerade beim Thema Pflege immer wieder deutlich macht, dass sie den Aufgaben nicht gewachsen ist, das Angebot einer Pflegekammer normalerweise mit Kusshand annehmen wird. In diesem Sinne freuen wir uns auf die zielgerichteten Beratungen im Interesse der Pflegeberufe und im Interesse der Pflegebedürftigen. Sie werden außer Aussitzen keine Argumente haben, um diese Pflegekammer ablehnen zu können.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD und Zustimmung von Christel Wegner [fraktionslos])